

Ein Mail-Wechsel, der zum Polit-Debakel wurde

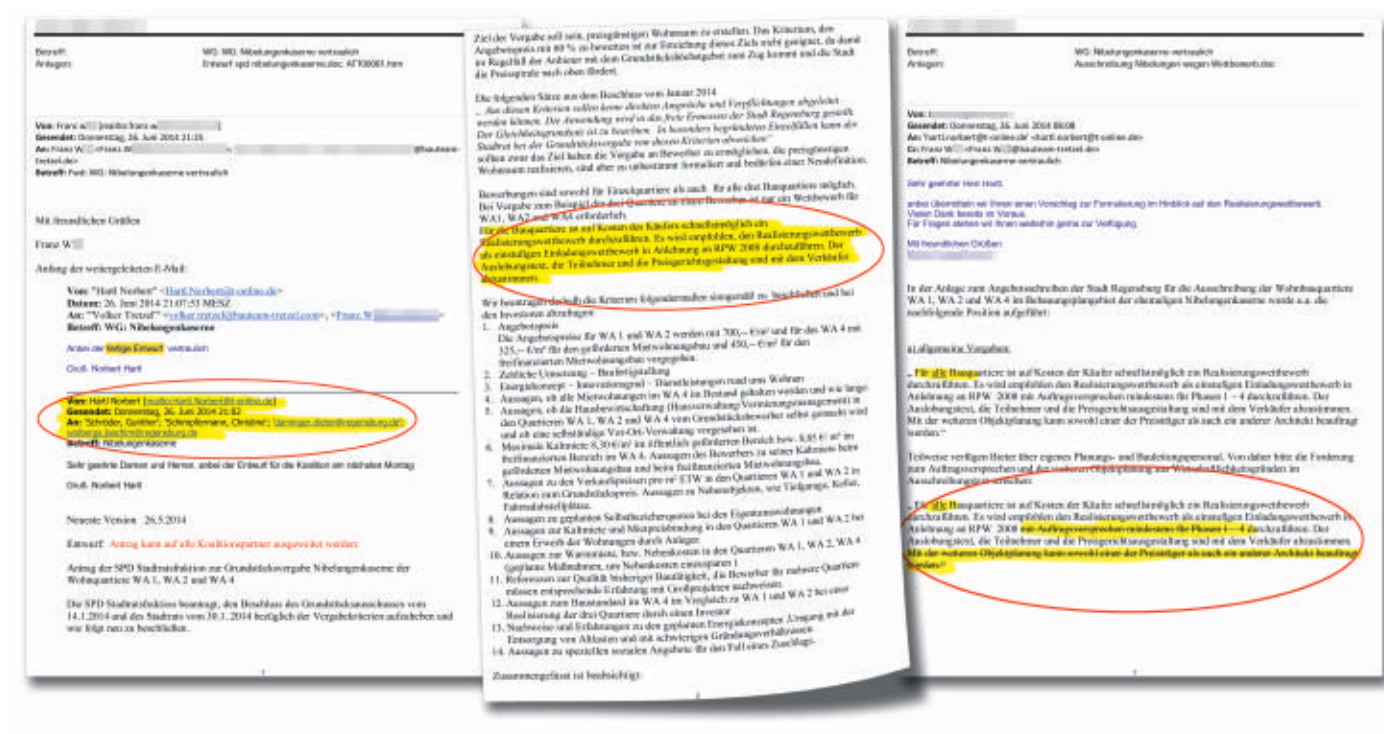
Tretzel redete mit bei der Vorbereitung für die Ausschreibung Nibelungenkaserne – Käufer und Mieter profitierten davon

Von Christian Eckl

Regensburg. Ist nun doch alles anders? War es höchst illegal, der Firma BTT den Zuschlag für das Nibelungenareal zu geben? Das zumindest glaubt die amtierende Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer: „Der Bewerber hätte von der Vergabe ausgeschlossen werden müssen“, sagte Maltz-Schwarzfischer in einem Interview. Vorher hat die Regierung der Oberpfalz ihre Bewertung einer Rechtsaufsichtsbeschwerde korrigiert.

Wörtlich heißt es, die „Vorinformation und Abstimmung von Ausschreibungskriterien durch den vormaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD exklusiv mit einem Bewerber (...) stellt einen gravierenden Verstoß gegen den wettbewerbsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz dar.“

Dem Wochenblatt liegen unterschiedliche Mails vor, die belegen, dass es tatsächlich Einflussnahmen auf den Entwurf Hartls für die Neuausschreibung gab. Am 26. Juni 2014 schickte ein Tretzel-Geschäftsführer eine Mail an den damaligen Fraktionschef Norbert Hartl. Eine Kopie der Mail erhielt der unter Korruptionsverdacht stehende frühere Tretzel-Geschäftsführer Franz W.. „Anbei übermitteln wir Ihnen einen Vorschlag zur Formulierung im Hinblick auf den Realisierungswettbewerb“, heißt



Mail-Wechsel zwischen Hartl, Tretzel-Mitarbeitern, Amtsleitern und Referenten und dem OB: Geringfügige Änderungen, aber die Frage: Warum haben die Beamten nicht Alarm geschlagen?

es in er Mail an Hartl. Der hatte Tretzel am 16. Juni 2014 seinen eigenen Entwurf geschickt mit der Bitte, Änderungen vorzuschlagen. Tretzel hat das auch getan. Manche hat Hartl übernommen, andere nicht. Beispielsweise schlug Tretzel vor, dass die Frage nach der Hausverwaltung geklärt sein soll – übernimmt der Bauträger, der den Zuschlag bekommt, später auch die Hausverwaltung? Zudem schlug Tretzel vor, die Bewerber sollten Erfahrungen mit der Entsorgung kontaminierter Böden aufweisen – ein Vorschlag, der nicht von Hartl übernommen wurde. Übernommen wurde allerdings ein Vorschlag Tretzels, dass die Höhe der Ne-

benkosten eine Rolle spielen sollte – später war genau das das Argument, dass er den Zuschlag bekam. Denn Tretzels Konzept, alle drei Quartiere mit Energie zu versorgen, führt zu niedrigen Nebenkosten und macht die Immobilie günstiger. Hartl selbst betont bis heute, er habe mehrere Bauträger gefragt, unter anderem auch das Immobilienzentrum. Schriftlich belegen kann er es nicht, der ebenfalls unter Verdacht stehende IZ-Chef kann sich auch nicht an eine Anfrage Hartls erinnern. Schriftlich belegen kann er es nicht, der ebenfalls unter Verdacht stehende IZ-Chef kann sich auch nicht an eine Anfrage Hartls erinnern. Schriftlich belegen kann er es nicht, der ebenfalls unter Verdacht stehende IZ-Chef kann sich auch nicht an eine Anfrage Hartls erinnern.

Bis kurz vor Weiterreichung an die Verwaltung gibt es Änderungswünsche: „Für alle Bauquartiere ist auf Kosten der Käufer schnellstmöglich ein Realisierungswettbewerb durchzuführen“, heißt es da. Das Wort „alle“ ist eingefügt. Durchgestrichen ist auch der Satz „mit Auftragsversprechen mindestens für Phasen 1 bis 4“. Durchgestrichen ist auch der Satz: „Mit der weiteren Objektplanung kann sowohl einer der Preisträger als auch ein anderer Architekt beauftragt werden.“ Der Satz fehlt in dem Entwurf, den Hartl am 26. Juni 2014 an die Verwaltung und den OB schickt. Am selben Tag noch, abends um 21.02 Uhr, schickt Hartl seinen Entwurf an

den Leiter des Liegenschaftsamts, Gunter Schröder, an die Baureferentin Christine Schimpfermann, an Wirtschaftsreferent Dieter Daming und an Oberbürgermeister Joachim Wolbergs. Dann leitet Hartl den Entwurf um 21.07 Uhr an Tretzel weiter, der schickt es an W.. Fraglich ist jedoch, warum die beteiligten Beamten und berufsmäßigen Stadträte nicht interveniert haben. Sowohl Schimpfermann, als auch Daming und Schröder sind lange Jahre im Amt. Sie kennen solche Ausschreibungen aus dem „ff“. Jetzt sagt die Bürgermeisterin, der Antrag hätte gar nicht zur Abstimmung kommen dürfen, weil Tretzel mitgeschrieben habe.

Die Regierung hat letzte Woche auch den Beschluss des Stadtrats für Tretzel kritisiert. Dabei bewertete sie nur, dass Tretzel nach ihrem Erkenntnisstand einen Vorteil hatte, den andere nicht hatten. Die Regierung glaubt, die Mails belegen dies. Konsequenzen hat die Kehrtwende keine, denn die Bebauung ist schon zu weit fortgeschritten, als dass man den Bau stoppen oder gar den Stadtratsbeschluss aufheben könnte. Er sei aber „zu beanstanden“.

Warum intervenieren die Beamten nicht?

Was war das Ziel der Ausschreibung, warum hat man das überhaupt gemacht? Hartl beteuert, das alles nur zum Wohl der Käufer und der künftigen Mieter gemacht zu haben. Beispielsweise wollte Tretzel, dass in der Ausschreibung auch erwähnt wird, dass Bewerber auch die Hausverwaltung und das Vermietungsmanagement übernehmen würden – eine Tretzel-Spezialität und wohl auch nur dann sinnvoll, wenn alle drei Quartiere den selben Bauherren haben.

Eine erste Ausschreibung noch in der Ära Schaidinger für den Höchstbietenden endete damit, dass ein Bewerber 1.200 Euro pro Quadratmeter an die Stadt zahlen sollte. Das wäre ein Millionengeschäft gewesen für die Stadt – doch am Ende hätten die Käufer der Eigentumswohnung den hohen Grundstückspreis begleichen müssen. Am Ende wird die Nibelungenkaserne als das größte Debakel der Regensburger Kommunalpolitik in die Geschichte eingehen.